

Herrn
Peter Mayer
Vorsitzender des CDA-Kreisverbandes
Darmstadt-Stadt
Martinstraße 73
64285 Darmstadt



Berlin, 31. März 2010

Sehr geehrter Herr Mayer,

die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, dankt Ihnen für Ihr Schreiben vom 23. Februar 2010 sehr herzlich. Sie hat mich gebeten, Ihnen zu antworten.

Ich weiß, wie wichtig es für alle Menschen in unserem Land ist, sich darauf verlassen zu können, dass ihnen bei Krankheit, im Falle eines Unfalls oder im fortschreitenden Alter angemessene medizinische Hilfe unabhängig vom Geldbeutel zu Teil wird. Dies gerade wollen wir mit unserer Gesundheitspolitik dauerhaft sicherstellen. Gleichwohl nehme ich Ihre Sorgen sehr ernst.

Daher liegt mir daran, Ihnen zu versichern, dass wir bei jeder Umgestaltung der gesetzlichen Krankenversicherung die berechtigten Interessen der Beitragszahler, insbesondere der Beziehender niedriger Einkommen oder Renten, berücksichtigen werden.

Im Hinblick auf unsere gesundheitspolitischen Pläne werden allerdings nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem nordrheinwestfälischen Landtagswahlkampf von unseren politischen Gegnern bewusst Unwahrheiten verbreitet. Schon der Begriff „Kopfpauschale“ führt in die Irre, wollen wir doch beispielsweise an der beitragsfreien Mitversicherung von nicht-berufstätigen Ehepartnern und Kindern festhalten. Eine Prämienzahlung „pro Kopf“ soll es also gerade nicht geben.

Worum geht es uns?

Dank des medizinischen Fortschritts und einer gesünderen Lebensweise werden die Menschen in unserem Land immer älter. Fortschritte in der Forschung werden dazu führen, dass auch

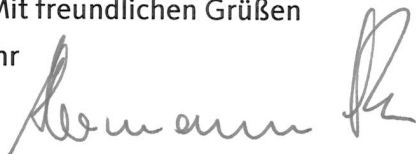
schwere Erkrankungen immer erfolgreicher behandelt werden können. Das ist überaus erfreulich und wird im Gesundheitswesen neue Arbeitsplätze entstehen lassen. Doch dies hat auch einen Preis. Die Gesundheitskosten in unserem Land werden trotz aller Anstrengungen zur sparsamen Mittelverwendung eher steigen. Steigende Gesundheitskosten dürfen aber nicht zur Vernichtung von Arbeitsplätzen führen. Deshalb wollen wir die Gesundheitskosten zumindest teilweise von den Arbeitskosten abkoppeln. Dazu sollen die Arbeitgeberbeträge begrenzt werden. Zusätzliche Kostensteigerungen, für die es zurzeit den Zusatzbeitrag gibt, sollen durch eine Gesundheitsprämie finanziert werden. Die Krankenkassen legen ihre jeweilige Prämie fest. Preis- und Leistungsumfang werden so leichter vergleichbar – und der Wettbewerb fördert die sparsame Mittelverwendung. Da die Prämie lediglich der Finanzierung der Kostensteigerung dienen soll, wird sie weitaus geringer sein, als der von Ihnen befürchtete Betrag. Zudem wird ein steuerfinanzierter, weitgehend automatisch erfolgender Sozialausgleich sicherstellen, dass jeder Versicherter nur seiner Leistungsfähigkeit entsprechend zur Kostentragung herangezogen wird. Ein solcher Sozialausgleich über das Steuersystem, der sich auf die Kostensteigerung in unserem Gesundheitswesen bezieht, ist finanzierbar und sozial gerechter. Denn alle Steuerzahler – auch die Wirtschaft – tragen ihrer Leistungsfähigkeit entsprechend zum Sozialausgleich bei. Heute findet ein Sozialausgleich nur innerhalb der Gruppe der gesetzlich Versicherten und begrenzt durch die Beitragsbemessungsgrenze statt. Einkünfte neben dem Arbeitslohn bleiben unberücksichtigt. Insofern stärkt unser Modell die Solidarität.

Allerdings will ich nicht verhehlen, dass die konkrete Ausgestaltung eines solchen Modells eine Reihe von Fragen aufwirft, die in der inzwischen eingesetzten Regierungskommission geklärt werden müssen. Dabei ist für uns als CDU Deutschlands klar, dass wir einer Gesundheitsprämie nur zustimmen werden, wenn ein funktionierender Sozialausgleich sicherstellt, dass niemand überfordert wird.

Der Arbeit der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft im Kreisverband Darmstadt-Stadt gelten meine besten Wünsche. Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen können sich darauf verlassen, dass wir uns bei der Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme in unserem Land von dem Grundsatz leiten lassen werden, dass es gerade die Aufgabe der CDU als großer Volkspartei ist, auf Grund der demografischen Entwicklung notwendige Veränderungen unserer Sozialsysteme so vorzunehmen, dass der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft gestärkt wird.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr



Hermann Gröhe MdB